

**TARIFBEWEGUNG
2025/2026
DRK KLINIKEN BERLIN**



**ZUSAMMEN
GEHT MEHR**

ver.di



„Wir stehen immer bereit – aber nicht um jeden Preis“ Liebe Arbeitgeberin der DRK Kliniken Berlin: was soll diese Mail?

Offener Brief der ver.di Tarifkommission

Wir Beschäftigten stehen seit Jahren für unsere

Patient:innen ein – bei Tag und Nacht, an Wochenenden, Feiertagen, in Krisen: bei Corona, bei Personalausfällen, bei Glatteis, Stromausfällen und unter extremen Belastungen. Wir lassen niemanden allein. Das war immer so – und das bleibt auch so.

Wer läßt hier eigentlich wen im Stich?

Ein Warnstreik für zwei Tage bedeutet nicht, dass Patient:innen im Stich gelassen werden.

Akute Notfälle werden versorgt, **Notdienste sind organisiert. Nicht der Streik gefährdet die Patient:innen, sondern unser normale Arbeitsalltag!** Daher wissen wir, dass viele planbare und verschiebbare Behandlungen in anderen Institutionen oder zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden können.

Was hier gerade versucht wird, ist die Verantwortung für die Versorgung allein auf unsere Schultern zu laden, während unsere eigenen Arbeitsbedingungen seit Jahren verschlechtert werden.

Das ist nicht fair – und das akzeptieren wir nicht mehr. Jetzt geht es um uns. Um Löhne, von denen man leben kann. Um Arbeitsbedingungen, die gesund machen – nicht krank. Um Respekt für die Arbeit, die wir täglich leisten.

Der Arbeitgeber kann diesen Streik jederzeit abwenden, indem er ein besseres Angebot vorlegt. Bisher hat er das nicht getan. Diese zwei Tage sind unsere Chance zu zeigen:

„Lieber Arbeitgeber: Nicht mit uns. Nicht so.“

Es soll kein Geld da sein?

Fakt: Geld ist da – es ist nur ungleich verteilt. Geld, das für Personal verwendet werden sollte, wird für Investitionen ausgegeben. Lohnerhöhungen sind über das Pflegebudget und den DRG - Erlösen refinanziert und wird nicht selten zweckentfremdet. Deswegen ist auch nicht genug Geld für uns da.

Die wachsenden Schere zwischen AT-Verträgen / Führungsebenen und den unteren und mittleren Lohngruppen, hohen Gehältern in Bereichen, während an der Basis gespart wird. Das sind Strukturen, die Intransparenz begünstigen. Refinanzierung ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer und betrieblicher Entscheidungen. Intransparente Mittelverwendung verschärft das Problem – nicht unsere Forderungen.

Wenn Geld für zusätzliche Führungsebenen, Events, Prestigeprojekte und AT-Verträge da ist, **dann ist es keine Frage des Könnens, sondern des Wollens.**

Nein, viele haben das TVöD Niveau eben nicht erreicht.

Große Teile unserer Kolleg:innen liegen unter TVöD – nicht darüber. Und: Der TVöD wird kommendes Jahr weiterverhandelt. Das bedeutet:

Der Abstand wird größer, nicht kleiner. Unsere Reallöhne geraten weiter unter Druck. Wer jetzt stillhält, fällt dauerhaft zurück. Und die Inflation steigt weiter.

Unser Streik gefährdet Arbeitsplätze?

Das ist eine indirekte Drohung – und sie trifft viele Kolleg:innen emotional. Sie hält einer sachlichen Prüfung nicht stand:

In den nächsten Jahren gehen massiv viele Kolleg:innen in Rente. Der Fachkräftemangel wird sich verschärfen, nicht entspannen. Alle Krankenhäuser suchen Personal. Aktuelle Häuser, die schließen mussten, sind ohne Tarifbindung. Die wirtschaftliche Schieflage kommt durch Fehl- und Mangelfinanzierung. Nicht wegen höherer Löhne und Streiks. Schlechte Bedingungen führen zu Abwanderung – nicht zu Sicherheit. Fluktuation, Überlastung und Personalmangel kosten Geld.

Gute Löhne binden Personal, senken Krankheitsausfälle und machen den Betrieb zukunftsfähig:

- Hohe Fluktuation kostet Millionen (Einarbeitung, Leiharbeit, Ausfälle)
- Überlastung führt zu Krankheit, das ist teuer
- Attraktive Löhne sparen langfristig Geld, weil:
 - Personal bleibt
 - weniger Ausfälle
 - weniger Abhängigkeit von Zeitarbeit

Wir lassen uns nicht moralisch erpressen und manipulieren.

Denn was hier passiert, ist ein bekanntes Muster: Verantwortung wird nach unten delegiert: strukturelle Fehlentscheidungen sollen von uns Beschäftigten „ausgeglichen“ werden, der moralischer Druck des Arbeitgebers ersetzt faire Verhandlungen. Aber: Verantwortung für die wirtschaftliche Lage tragen nicht wir – sondern die Geschäftsführung und die Politik. Wir leisten unseren Teil seit Jahren. **Jetzt ist der Arbeitgeber am Zug.**

Wir sehen uns im Streik!